

# Stellungnahme

## des Kinder und Jugendrings Sachsen e.V. zu den geplanten Kürzungen im Haushaltsjahr 2010

Kinder- und Jugendring Sachsen e.V.  
01309 Dresden, Tzschimmerstraße 17  
11.02.10, Vorgang: Stellungnahme  
+ 49 351 31679-0  
+49 351 31679-27  
info@kjrs.de

Der Kinder- und Jugendring Sachsen (KJRS) ist die Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände im Freistaat Sachsen. Zu seinen Mitgliedern gehören sowohl landesweit agierende überörtliche, aber auch regional und kommunal arbeitende Träger der Jugendhilfe wie die Stadt- und Kreisjugendringe. Die Angebote unserer Mitglieder wirken, bedingt durch die vertikale Struktur von Jugendverbänden, sowohl über deren kommunale Untergliederungen örtlich als auch überörtlich koordinierend durch die Arbeit der Landesverbände und entwickeln nur im Miteinander ihre volle Leistungsfähigkeit im Interesse der Kinder und Jugendlichen.

Vor diesem Hintergrund protestiert der KJRS entschieden gegen die geplanten Kürzungen im Bereich der Jugendarbeit. Jugendverbände und -ringe sind in besonderer Weise von den Einschnitten betroffen, da sie auf überörtlicher oder kommunaler Ebene selbst als Antragsteller in eigener Sache fungieren, aber auch in ihren Mitgliedsstrukturen durch Kürzungen betroffen sein werden.

Sowohl die Einsparungen in der Jugendpauschale als auch jene im überörtlichen Bereich werden verheerende Auswirkungen auf die selbstorganisierten Strukturen Jugendlicher im Land haben. Zahlreiche Angebote im Bereich der außerschulischen Jugendbildung, aber auch Weiterbildungsveranstaltungen für ehrenamtlich Engagierte werden nicht oder nur mit Mehrkosten für die Teilnehmenden durchgeführt werden können. Dies ist insbesondere für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien eine dramatische Entwicklung. Für jene, die sich seit Jahren ehrenamtlich engagieren, stellt dies eine Form der Anerkennung ihres gesellschaftlichen Wirkens dar, bei der befürchtet werden darf, dass sie eher vom Ehrenamt abhält, als dieses, wie im Koalitionsvertrag noch betont, entwickeln hilft.

Das Bemühen um die Konsolidierung des sächsischen Haushalts ist begrüßenswert, allerdings halten die Mitglieder des KJRS die Prioritäten, die zu einem ausgeglichenen schuldenfreien Haushalts führen sollen, für falsch gesetzt. Kinder und Jugendliche sind die Unternehmer, Angestellten, Lehrer, Ärzte und Politiker von morgen. Je besser sie jetzt auf diese künftigen Aufgaben vorbereitet werden, um so verantwortungsvoller und engagierter werden sie künftig gesellschaftlich agieren. Neben einer guten schulischen und beruflichen Ausbildung gehört dazu der Kompetenzerwerb auf informellem und nonformalem Weg. Jugendverbände und -ringe übernehmen auf diesem Feld Verantwortung und leisten seit Jahren geschätzte und qualitativ hochwertige Arbeit. Diese wird durch die geplanten Einschnitte nun massiv bedroht.

Der Kinder- und Jugendring Sachsen e.V. hat sich in den vergangenen Tagen in verschiedensten Stellungnahmen zu seiner Haltung positioniert. Aus diesem Grund soll an dieser Stelle auf einer weitere politische Würdigung der Kürzungen als solche verzichtet werden.

**Wir fordern die Staatsregierung auf, die geplanten Kürzungen auf den Prüfstand zu stellen, sie auf ein für den Bestand der Jugendhilfelandtschaft verantwortbares Maß zu reduzieren und damit den Intentionen ihres eigenen Koalitionsvertrags zu entsprechen.**

Darüber hinaus geht es nun vorrangig darum, zügig alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Trägern nach Wochen der Unsicherheiten und des finanziellen Risikos Klarheit über ihre eigenen Perspektiven zu verschaffen und Arbeitsfähigkeit zu sichern. Einer Reihe von Trägern gehen die Mittel aus, um ihren gesetzlichen Pflichten nachzukommen. Die ausbleibende Entscheidung des Sächsischen Sozialministeriums schafft ob der ausbleibenden Aussage zur Höhe der Jugendpauschale Verunsicherung in den Kommunen und verhindert zudem die Antragstellung von Drittmittelprojekten, da die Träger bisher keinerlei Aussagen zu möglichen Kofinanzierungen treffen können. Dieser Zustand muss ein Ende finden!

Transparente Verfahren und Zuständigkeiten sowie mögliche kurzfristige Übergangsszenarien müssen entwickelt werden, um Strukturen auch und gerade in Zeiten unklarer finanzieller Verhältnisse zu erhalten. Ein bloßer Rückzug auf die Mittel der behördlichen Verwaltung ist weder angemessen noch verantwortbar.

*Eine nur auf aktuelle Ereignisse reagierende Förderpolitik verschärft die derzeitige Situation  
Eine vorausschauend agierende Jugendpolitik schafft förderliche Rahmenbedingungen, dank derer die Jugendarbeit kreative und innovative Konzepte entwickeln und umsetzen kann.\**

Die Träger erwarten einen Dialog zu den Kriterien der Umsetzung möglicher Kürzungen innerhalb der Planungsbereiche der überörtlichen Jugendhilfe und zu den Auswirkungen der voraussichtlichen Steuereinnahmen der kommenden Jahre auf die dort geplanten Zielstellungen der Staatsregierung.

*„Die Jugendhilfeplanung muss ein verbindliches, ernstzunehmendes und evaluierbares Steuerungsinstrument für alle Beteiligten – von öffentlicher und freier Seite – sein. Dies setzt eine regelmäßige Berichterstattung des öffentlichen Trägers gegenüber dem Jugendhilfeausschuss voraus. Hier müssen freie Träger innerhalb des Planungszeitraums regelmäßig über Abweichungen von der Planung, deren Gründe sowie Handlungsperspektiven informiert werden. ...Die vorwiegend durch freie Träger erbrachte, qualitativ hochwertige Jugendarbeit braucht Planungssicherheit. Diese muss durch eine einzig und allein an klar definierte, transparente fachliche Kriterien gebundene öffentliche Förderung gewährleistet sein.“\**

Wir fordern die Staatsregierung auf, gemeinsam mit den freien Trägern eine Strategie zu entwickeln, die geeignet ist, in den kommenden Jahren eine bedarfsgerechte Jugendhilfe auf fachlich hohem Niveau sicherzustellen. Darin eingebettet sein müssen innovative Ansätze, wie bei sinkenden Fördermitteln die Vielfalt der Träger erhalten und für Kinder und Jugendliche erlebbar gestaltet werden kann.

*„Freie Träger aller föderalen Ebenen müssen als kompetente Partner frühzeitig an den Entscheidungsprozessen beteiligt sein. Besonders im Fall von Umstrukturierungen in der sächsischen Jugendhilfelandchaft muss echte demokratische Willensbildung sowohl innerhalb der beteiligten Organisationen als auch in den Jugendhilfeausschüssen gewährleistet sein.“\**

\* Auszüge aus der „Naunhofer Erklärung der Mitglieder des Kinder- und Jugendrings Sachsen e.V.“ Mehr dazu unter [www.kjrs.de](http://www.kjrs.de).